

Medienmitteilung

Mögliches Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelsektor mit der EU

Informationsveranstaltung für die Thurgauer Bäuerinnen und Bauern vom 15. November 2006, Thurgauerhof, Weinfelden

Landwirtschaft im Gewittersturm

So titelte Claus Ullmann, Vizepräsident des Thurgauer Bauernverbandes und Leiter der Thurgauer Arbeitsgruppe „Agrar- und Lebensmittelfreihandel EU“ die gegenwärtige agrarpolitische Situation. Über 300 Bäuerinnen und Bauern wollten gestern einerseits erfahren, wie es sich der Bund vorstellt, die Zollschranken und übrigen Handelshemmnisse der Schweiz gegenüber der EU im Landwirtschaftsbereich komplett abzubauen und andererseits, was die aktuelle Stellung der landwirtschaftlichen Branchen zu einem möglichen sektoriellen Freihandelsabkommen wäre.

Zusammenfassend liess sich eine starke Skepsis der Landwirtschaft feststellen, die sich der Idee aber nicht verschliesst, solange nicht konkrete Fakten auf dem Tisch liegen.

Auch das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), vertreten durch den stellvertretenden Direktor Jacques Chavaz, anerkennt, dass der Druck auf den bereits tiefen Produzentenpreisen derzeit gross ist, sei es durch einen generellen wirtschaftlichen Druck, sei es durch drohende Zollreduktionen im Zusammenhang mit den WTO-Verhandlungen oder sei es durch den zunehmenden Einkaufstourismus. Nach Meinung des BLW wäre genau in dieser Situation das Freihandelsabkommen mit der EU ein offensiver Ansatz für die Landwirtschaft, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und neue Marktpotenziale zu erschliessen. „Ganz klar ist dies ein Prozess, der nicht ohne flankierende Massnahmen von Seiten des Bundes über die Bühne gebracht werden kann“, erklärte Chavaz. Unter flankierenden Massnahmen verstehe er nicht nur finanzielle Unterstützung des Staates, sondern auch das Herstellen gleich langer Spiesse wie in der EU bei gesetzlichen und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. „Wie ginge es uns heute mit einem EU-Agrarfreihandel?“ sei die falsche Fragestellung, sagte Chavaz um die Skepsis der Landwirtschaft zu senken, richtigerweise müsse gefragt werden: „Wie geht es uns in zehn Jahren mit oder ohne EU-Agrarfreihandel?“

Handelspartner EU

Dass die Länder der Europäischen Union (EU) den wichtigsten Aussenhandelspartner der Schweiz für landwirtschaftliche Güter darstellen, darin waren sich Christophe Eggenschwiler vom Schweizerischen Bauernverband (SBV) und Stefan Hagenbuch von den Schweizer Milchproduzenten (SMP) einig. Rund 70 Prozent des landwirtschaftlichen Imports und Exports geschieht mit der EU. Etwa 20 Prozent unserer Milchprodukte stammen aus der EU, rund 30 Prozent unsere Milchproduktion exportieren wir dorthin.

Nach einer groben Einschätzung des SBV hätte die Öffnung der Agrarschranken zur EU – im Zeithorizont 2013 und mit heutigen Betriebsstrukturen betrachtet – ähnlich gravierende Auswirkungen auf die Einkommen der Bauern wie die nächste WTO-Abbaurunde beim Zollschatzes und bei der Marktstützung. Die Talregionen mit ihrem hohen Ackerbauanteil wären dabei stärker betroffen, als die Bergregionen, Ackerbaubetriebe stärker als Verkehrsmilchbetriebe. Für den SBV müssten folgende Bedingungen erfüllt sein, damit er sich ein Freihandelsabkommen mit der EU vorstellen könnte: Die vor- und nachgelagerten Sektoren müssen integriert werden und ein klares Exportpotential für landwirtschaftliche Produkte muss eingeschätzt werden können. Der Bund soll zudem zu konkreten und effizienten Kostensenkungsmassnahmen verhelfen und gleichzeitig angemessene Begleitmassnahmen ausformulieren, die entsprechend zu budgetieren sind. Die Zulassung von Parallelimporten alleine genüge da bei Weitem nicht.

„Man darf sich nicht zu grosse Illusionen machen, dass die Schweizer Produkte durch ihren „Swissness“-Bonus auf dem EU-Markt einen höheren Preis erzielen werden“, warnte Hagenbuch, „Swissness“ sei nur für ausgewählte Produkte ausschlaggebend, deren Originalität auch am Ladentisch hervorsteht. Beim Vergleich eines Schweizer mit einem EU-Milchbetrieb, rechnete Hagenbuch vor, las-

sen sich durch einen reinen Agrarfreihandel auch im besten Fall nur etwa ein Viertel der Kostendifferenzen reduzieren.

Grosse Verluste, minimale Einsparungen

Der Anteil der Arbeitskosten an den Gesamtkosten in einem Obst- oder Gemüsebaubetrieb kann 30 bis 50 Prozent ausmachen. Das Potential für Kosteneinsparungen durch tiefere Preise der Produktionsmittel wie Dünger, Pflanzenschutzmittel oder Maschinen bei den Spezialkulturen sei deshalb mager, meinte Nicolas Fellay, Direktor des Verbandes der schweizerischen Gemüseproduzenten, "selbst die WTO hätte für die Gemüseproduzenten weniger schlimme Auswirkungen als ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU. Wir wollen eine produzierende, finanziell möglichst autonome Landwirtschaft und sagen schon jetzt zu den Begleitmassnahmen des Bundes: Nein danke!"

Der Obstbau schliesst sich weitgehend der Meinung des Gemüsebaus an. Ob als Folge des Freihandels mehr exportiert werden könne, sei äusserst fraglich. Dass die Obstimporte aber massiv zunehmen werden und die einheimische Produktion zurückgeht, sei praktisch garantiert, prophezeite Beat Lehner, Thurgauer Obstbauer. Von Seiten des Obstbaus wünscht man sich, dass die flächenbezogenen Direktzahlungen reduziert werden, weil sie für den Obstbau nicht wichtig seien und die Flächenmobilität hemmen. Es wird gefordert, dass die Auflagen reduziert werden und dass Strukturverbesserungsmassnahmen sowie Lager- und Verarbeitungseinrichtungen im gleichen Masse subventioniert werden, wie dies in der EU der Fall ist. „Vorerst sollen Gemüse- und Obstbau vom Freihandel ausgeklammert bleiben, weil sie am meisten zu verlieren haben“, resümierte Lehner.

Generelle Parallelimporte gefordert

Für den Leiter Wirtschaftspolitik bei der Migros, Stefan Flückiger überwiegen die Chancen des Freihandels den Risiken. Die Migros fordert aber insbesondere bei den Parallelimporten, dass diese für alle Güter ermöglicht werden, nicht bloss für landwirtschaftliche Produktionsmittel. Sie erhofft sich vom Freihandelsabkommen eine grössere Planungssicherheit über längere Zeiträume. Die Landwirtschaft und der Detailhandel sind an den Schweizer Markt gebunden, bei einer Öffnung desselben soll die ganze Kette mitmachen und nicht auf Partikularinteressen eingegangen werden. Flückiger forderte: „Wir brauchen eine EU-kompatible Förderungs- und Subventionierungsstruktur“.

Wenn schon, dann die gesamte Wirtschaft einbeziehen

„Die Schweizer sind Pro-Kopf-Weltmeister im Nettoimport von Nahrungsmitteln“, so das einführende Statement von Eugen Brühlmeier, Mitglied der Fenaco-Geschäftsleitung. Im Kostenvergleich eines schweizerischen mit einem bayrischen Getreidebaubetriebs erkenne man, dass bei der Öffnung der Grenzen zwischen der Schweiz und der EU und der damit verbundenen Angleichung der Getreidepreise der Ertragsverlust ein Vielfaches der Kosteneinsparungen betragen würde. Die Fenaco wäre selbst gezwungen, billiges Saatgut im Ausland einzukaufen, um die Getreidebauern zu beliefern.

Die Haltung der Fenaco sei klar gegen ein reines Agrarfreihandelsabkommen mit der EU. Wenn schon eine offensive Öffnung angegangen wird, dann müsse die gesamte Schweizer Wirtschaft einem Freihandelsabkommen unterstellt werden, was wirtschaftlich gesehen einem EU-Beitritt gleich kommt.

Weitere Auskünfte erteilt:

Claus Ullmann, Vizepräsident des Thurgauer Bauernverbandes, Tel. 052 741 39 72